

Menznau: Amoklauf bei der Kronospan Schweiz AG vom Mittwoch, 27. Februar

Tiefe Betroffenheit nach Bluttat

Ein Mitarbeiter richtet in Menznau bei der Kronospan ein Blutbad an. Drei Menschen sterben, weitere werden verletzt. Auch der mutmassliche Täter kommt ums Leben. Was den 42-jährigen zu dieser Wahnsinns-Tat trieb, ist weiter unklar.

Michael Wyss

Am Mittwoch, 27. Februar, kam es beim Holzverarbeiter Kronospan Schweiz AG in Menznau kurz nach 9 Uhr zu einem Schusswechsel. Für das Blutbad mit mehreren Toten und Verletzten, war ein langjähriger Mitarbeiter verantwortlich, wie die Luzerner Polizei mitteilte. Laut Polizei schoss der mutmassliche Täter in der Werkstat, in einem Zwischengang und in der Betriebskantine gezielt auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Schweizerische Rettungsflugwacht Rega war mit drei Helikoptern im Einsatz. Sie flog insgesamt vier Schwerverletzte in zwei verschiedene Spitäler. Polizei, Feuerwehr, die Ambulanz und ein Care-Team standen während Stunden im Einsatz.

Täter war vorbestraft

Der Täter war ein 42-jähriger Familienvater und eingebürgerter Schweizer mit kosovarischen Wurzeln. Dieser war vorbestraft. Er war 1998 vom Kriminalgericht Luzern zu einer bedingten Gefängnisstrafe von zwölf Monaten wegen

eines Raubüberfalls verurteilt worden. Er war 1991 aus dem Kosovo als Flüchtling in die Schweiz gekommen und später eingebürgert worden. Seit 2010 lebte er mit seiner Familie in Willisau. Noch ist nicht klar, was ihn zu dieser schrecklichen Tat bewog. Der ehemalige Kickboxer hätte laut einem Mitarbeiter an psychischen Problemen gelitten, sei aber nie aggressiv geworden.

Unfassbares Leid

Schockierend ist das Ausmass seiner Tat. Der Täter erschoss drei Menschen. Unter den Opfern ist mit Benno Studer auch ein bekannter Schwinger aus Schüpfheim. Der 26-Jährige gewann in seiner Karriere mehr als 40 Kränze. Das zweite Opfer war eine zweifache Mutter (43 Jahre) aus Menznau, die bei Kronospan als Hauswartin angestellt war. Das dritte Opfer war der 44-jährige Thomas Muff-Bachmann aus Buttisholz. Alle drei erlitten schweren Schussverletzungen. Auch der Amokläufer starb bei der Tat. Noch ist nicht klar, wie der Täter umgekommen ist. Man weiss lediglich, dass er Schussverletzungen hatte. Dies ergab die Obduktion, wie die Staatsanwaltschaft Luzern mitteilte. Wichtige Einvernahmen zum Tathergang von weiterhin verletzten Opfern konnten aufgrund ihres Gesundheitszustandes noch nicht durchgeführt werden.

Woher kam die Waffe?

Als Tatwaffe hat der mutmassliche Tä-

ter eine Pistole der Marke Sphinx, Modell AT 380, verwendet. Bei dieser Pistole handelt es sich nicht um eine Armee-Waffe, wie die Polizei mitteilte. Die im Waffenregister eingetragene Waffe gehörte einst dem Bruder des Täters. Der Mann lebt in Obwalden und ist 43-jährig. Noch ist nicht klar, wie die Waffe vom Eigentümer zum Täter gelangte.

Unterstützung der Regierung

Eine Delegation des Luzerner Regierungsrates besuchte am Freitag den Gemeinderat Menznau und entbot ihm sein Beileid. «Wir fühlen mit den Menschen in Menznau, von denen so viele direkt und brutal von der Tragödie in der Kronospan betroffen sind. In solchen Zeiten ist ein Gemeinderat ganz besonders gefordert, und die Menznauer Kollegen machen das hervorragend», sagte Regierungspräsident Guido Graf. Zugleich sicherte der Regierungsrat dem Gemeinderat seine volle Unterstützung zu. Der Regierungsrat nahm Anliegen der Gemeinde auf, und er wird auch in den nächsten Monaten eng mit den Menznauer Behörden zusammenarbeiten. In der Pfarrkirche St. Peter & Paul in Willisau und in der Dorfkirche Menznau fanden letzte Woche Gedenkgottesdienste statt. Unter ihnen waren aus der Luzerner Regierung Guido Graf und Yvonne Schärli sowie Kantonsratspräsident Urs Dickerhof.

Bundesrat tief betroffen

Das Gewaltverbrechen löste Bestürzung aus. Im Namen der Landesregierung drückte Bundesratsprecher André Simonazzi den betroffenen Familien nach der wöchentlichen Bundesratssitzung sein tiefes Beileid aus. «Der Vorfall macht einem bewusst, welches Leid mit Waffen angerichtet werden kann», sagte Justizministerin Simonetta Sommaruga. Er zeige aber auch, dass das Waffenrecht laufend verbessert werden müsse. «Wir sind noch nicht am Ziel.» Nach wie vor seien hunderttausende Waffen nicht registriert. Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf sagte, es sei unglaublich, was geschehen sei.

Das Unternehmen

Die Firma Kronospan (Produktion von Spanplatten) ist mit 450 Mitarbeitern (ein Drittel wohnt in Menznau) ein wichtiger Arbeitgeber der Region und der Gemeinde Menznau. Sie gehört zu einem weltweit tätigen Konzern. Die Firma erzielte 2011 einen Umsatz von 280 Millionen Franken.

Produktion drosseln

Erst vor wenigen Tagen war Kronospan in die Schlagzeilen geraten. In einer Mitteilung von Holzindustrie Schweiz hiess es, dass das Unternehmen wegen massiven Rundholzmangels die Produktion drosseln muss. Die Produktion wurde nach der schrecklichen Bluttat für zwei Tage stillgelegt.

Kanton Luzern: Staatsanwaltschaft Personalentscheide

Die Oberstaatsanwaltschaft hat an einer Medienkonferenz den Jahresbericht 2012 vorgestellt. Im Jahr 2012 haben die Luzerner Staatsanwaltschaft mit 43299 Fallbearbeitungen einen leichten Rückgang an Fällen verzeichnet. Das Jahr 2012 zeigte klar auf, dass die Staatsanwaltschaft auf zusätzliche Personalressourcen angewiesen ist. «Eine dringend notwendige Stellenaufstockung wurde bewilligt und kann nun realisiert werden!», sagt Oberstaatsanwalt Daniel Burri. Geplant sind 8.5 neue Stellen, welche ab Mitte 2013 schrittweise besetzt werden.

Das Jahr 2012 stand für die Staatsanwaltschaft des Kantons Luzern im Zeichen der Feinjustierung. Die Neuorganisation der Staatsanwaltschaft wurde im Vorjahr 2011 ohne Pensenerweiterung realisiert. Mit den politischen Behörden wurde aber im Vorfeld der Einführung der Schweizerischen Strafprozessordnung vereinbart, dass nach ersten Erfahrungen mit dem neuen Recht eine Überprüfung der eingesetzten Personalressourcen vorgenommen werden muss. Diese Analyse hat ergeben, dass mit den vorhandenen Ressourcen nicht alle Strafuntersuchungen innert der vom Gesetz verlangten angemessenen Verfahrensdauer abgeschlossen werden können.

Mit einer Erhöhung der Zahl der Staatsanwältinnen und -anwälte um drei Vollzeitstellen sowie weiteren dringend notwendigen Massnahmen, werden die Kapazitäten bis Ende 2013 in Teilschritten gezielt aufgestockt. PD

Fortsetzung von Seite 1

Verhandlungen zwischen den Grundstückseigentümern und der Gemeinde sowie die Präsentation des Siegerprojektes «Ladegass» goutierten die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger in einer Ja-Mehrheit. Dass die Vorlage immerhin mit einem Ja-Stimmenanteil von 54,4 Prozent gutgeheissen wurde, habe nach der kontroversen Diskussion im Vorfeld nicht erwartet werden dürfen. Leo Müller: «Viel mehr hätte es mich beschäftigt, wenn das Resultat beispielsweise nur knapp mit 50,8 Prozent ausgefallen wäre. Die 54,4 Prozent können aus meiner Sicht als ein gutes Resultat bezeichnet werden. Offenbar hat eine Mehrheit gesehen, dass jetzt im Dorf kern dringend etwas geschehen muss.» Dass das finanzielle Engagement der Gemeinde hoch ist, sei unbestritten. Über die Baukosten transparent zu informieren, wie dies in der Botschaft erfolgt sei, war ein wichtiges Ziel des Gemeinderates. Somit habe die wichtige Diskussion über die Höhe der Investition für dieses Projekt schon jetzt stattgefunden und nicht erst zu einem späteren Zeitpunkt. «Immer auf den heutigen Wissensstand bezogen; wir befinden uns immer noch im Planungsstand des Wettbewerbsergebnisses.» Der Gemeindepräsident betonte weiter, dass der Gemeinderat bestrebt sei, eingebrachte Vorschläge vom Stimmvolk soweit möglich in die Planungsphase einbringen zu lassen. «Unser Ziel ist, ein gutes Projekt, das bei möglichst vielen Bürgerinnen und Bürger Zustimmung findet, zu realisieren.»

Wie weiter?

Laut Leo Müller wird der Gemeinderat nun die Detailplanung für den Dorfkern West mit dem neuen Gemeindehaus und den Kauf der Grundstücke im Dorfkern West in die Wege leiten. Die Frage stelle sich auch, ob es allenfalls eine Planungskommission brauche, wer die Führung aus Sicht der Gemeinde übernehmen und wie diese zusammengesetzt werden soll. Obwohl die Raumbedürfnisse der neuen Gemeindeverwaltung schon zu einem früheren Zeitpunkt abgeklärt worden sind, werde eine erneute detaillierte Abklärung nochmals durchgeführt. Anschliessend gehe es in die Planungsphase des westlichen Teils des Projektes.

Wenn alles rund laufen würde, wäre es möglich, Anfang 2014 den Baukredit dem Stimmvolk vorzulegen. Leo Müller räumt aber ein, dass dies eher eine vage Aussage sei. «Eine weitere wichtige Aufgabe wird sein, mit den Grundeigentümern oder deren Vertreter auf der östlichen Seite zusammen zu sitzen, um das weitere Vorgehen zu besprechen. Ein zentraler Punkt für diese Grundeigentümer ist die Suche nach einem Investor.»

Abzocker-Initiative: Rekord-Zustimmung

Das Verdikt des Volkes ist deutlich ausgefallen: 67,9 Prozent der Stimmenden haben die Abzocker-Initiative von Thomas Minder am Sonntag angenommen. Die letzte Umfrage, die vor der Vasella-Affäre durchgeführt worden war, hatte eine Zustimmung von 64 Prozent ergeben. Die Schlagzeilen zur 72-Millionen-Zahlung an den scheidenden Novartis-Verwaltungsratspräsidenten dürften der Initiative also zusätzliche Stimmen eingebracht haben. Dass Daniel Vasella am Ende auf die Millionen verzichtete, half den Gegnern ebenso wenig wie die teure Kampagne von economicsuisse: Das Stimmvolk liess sich nicht besänftigen, die Mehrheit war entschlossen, ein Zeichen gegen unverhältnismässig hohe

Löhne zu setzen. Der indirekte Gegenvorschlag des Parlaments, der bei einem Nein in Kraft getreten wäre, vermochte nicht zu überzeugen.

Familienartikel am Ständemehr gescheitert

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird nicht in der Verfassung festgeschrieben. Am Volksmehr wäre der Familienartikel nicht gescheitert. Eine Mehrheit von 54,3 Prozent hiess den neuen Verfassungsartikel gut. Das für Verfassungsänderungen zusätzlich nötige Ständemehr kam indessen nicht zustande: Elf Kantone und vier Halbkantone lehnten die Vorlage ab, auf der Befürworterseite standen neun Kantone und zwei Halbkantone. Ausgesprochen deutlich war die Ablehnung in den ländlichen Kantonen der Deutschschweiz. Appenzell Innerrhoden verwarf den Familienartikel mit 72,9 Prozent am wuchtigsten. In den anderen Nein-Kantonen lagen die Anteile im städtischen geprägten Bern bei 50,6 und in Uri bei deutlichen 68,2 Prozent. Auch in Schwyz und Obwalden gab es Nein-Mehrheiten von über 60 Prozent. Dass eine Vorlage ein Volksmehr erreicht, aber am Ständemehr scheitert, ist rar. Wie Claude Longchamp vom Forschungsinstitut gfs.bern im Schweizer

Fernsehen SRF sagte, kam dies zum letzten Mal 1994 vor. Damals sagten 52,8 Prozent der Stimmenden Ja zur erleichterten Einbürgerung junger Ausländer, elf Kantone und vier Halbkantone lehnten die Vorlage aber ab.

Der Familienartikel führte im Vergleich zur Abzockerinitiative und zum Raumplanungsgesetz im Abstimmungskampf lange Zeit ein Mauerblümchendasein. Der Artikel war zunächst wenig umstritten. Unterstützt wurde er von SP, Grünen, CVP, BDP, GLP und EVP sowie den FDP-Frauen und diversen FDP-Kantonalparteien. Nein sagten SVP und FDP. Erst in der letzten Phase vor der Abstimmung brachte die SVP die Diskussion auf Touren. In ihrer Broschüre «Extrablatt» warnte die Partei vor «Staatskindern» und möglichen Kosten von 12 Milliarden Franken. Weinende Kleinkinder hinter Gittern illustrierten die Argumentation. Mit dem Verfassungsartikel hätte der Bund auch die Möglichkeit erhalten, selber Massnahmen zu treffen oder die Massnahmen der Kantone finanziell zu unterstützen.

Deutliches Ja zu Raumplanungsgesetz

Mit 62,9 Prozent Ja-Stimmen erteilt das Volk zum zweiten Mal innert Jahresfrist

ein Zeichen gegen die Zersiedelung. Das Raumplanungsgesetz fand - mit Ausnahme des Kantons Wallis - eine klare Mehrheit. Betroffen von der Gesetzesrevision sind insbesondere Kantone, die in der Vergangenheit ihren Baulandbedarf nicht gesetzeskonform auf 15 Jahre ausgerichtet haben. Sie werden nun mit dem neuen Gesetz raumplanerisch an die kürzere Leine genommen. Die Kantone haben fünf Jahre Zeit, ihre Richtpläne an die 15-Jahre-Regel anzupassen. «Ich bin überzeugt, dass wir verträgliche Lösungen finden», sagte Bundesrätin Doris Leuthard im Schweizer Fernsehen SRF am Sonntag. Spielraum gebe es insofern, als dass überdimensioniertes Bauland nicht zwingend in Landwirtschaftsland umgewandelt werden müsse, sondern auch als Reservezone rückgezogen werden könne. Zudem werde der Bund Hand bieten zu einem Vorgehen in Etappen, sagte sie. Für den Schweizerischen Mieterverband und die Grünen ist jedoch klar, dass das neue Gesetz nicht zu einer Verknappung von Bauland und damit zu teureren Mieten führen wird. Viel mehr begrüßen die Grünen, dass Bauland nun nicht mehr gehortet werden kann und der Bodenspekulation Einhalt geboten wird.

Abstimmungsergebnisse in den Regionsgemeinden

	Beteiligung in %	Dorfkerneuerung		Volksinitiative gegen die Abzockerei		Bundesbeschluss Familienpolitik		Änderung Raumplanungsgesetz	
		Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein
Buttisholz	48.65			658	369	414	609	616	401
Ettiswil	42.83			529	235	322	442	466	291
Grosswangen	46.74			616	343	366	593	526	424
Menznau	41.15			554	268	301	517	427	379
Neuenkirch	46.02			1273	670	868	1079	1323	620
Nottwil	47.43			756	346	488	623	750	347
Ruswil	55.82	1461	1224	1819	841	1078	1577	1600	1025
Werthenstein	44.34			436	154	221	364	331	252
Wolhusen	45.91			847	422	499	763	811	454
Amt Sursee	48.57			14664	7752	10306	12229	14773	7392
Kanton Luzern	46.36			79774	40587	58727	61585	81369	38161